

Ressort: Finanzen

Kommunen fordern Wohnungsbau-Offensive

Berlin, 17.09.2018, 01:02 Uhr

GDN - Die Deutsche Städte- und Gemeindebund hat von Bund und Ländern eine Offensive im Wohnungsbau gefordert, um die zunehmende Wohnungsnot zu lindern. "Die Frage wird zum sozialen Sprengstoff und die Politik muss handeln. Die Devise muss lauten: Bezahlbare Wohnungen schaffen, den Bestand aktivieren und die entlegeneren Räume einbinden", sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, der "Passauer Neuen Presse" (Montagsausgabe).

"Bis zum Jahre 2020 besteht in Deutschland ein Bedarf von 350.000 bis 400.000 Wohnungen pro Jahr", sagte er. Es gelinge bisher nicht, diesen Bedarf zu decken. So habe 2016 die Zahl der Baufertigstellungen bei nur 278.000 Wohnungen gelegen. Landsberg forderte größere Anstrengungen beim sozialen Wohnungsbau: Dieser müsse weiter angekurbelt werden. "Bezahlbare Wohnungen haben für die soziale Ausgewogenheit in unseren Städten und Gemeinden und für deren Attraktivität eine entscheidende Bedeutung", erklärte er. Im Moment nehme die Zahl der Sozialwohnungen ab. "Jährlich verlieren etwa 70.000 Wohnungen den Sozialstatus, weil die festgelegten Förderzeiträume auslaufen. Hier brauchen wir eine Umkehr, auch mit zusätzlichen Mitteln von Bund und Ländern", so Landsberg. Er sprach sich dafür aus, einfacher und günstiger zu bauen: "Um schneller und preiswerter bauen zu können, müssen überflüssige Standards abgebaut und weitere Verschärfungen, zum Beispiel im Bereich der Energieeinsparverordnung, verhindert werden", forderte er. Allein eine Verschärfung der Energieeinsparverordnung für Neubauten führe zu Mehrkosten von bis zu zehn Prozent. "Das muss ein Ende haben." Auch gelte es, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Bebauungspläne müssten im beschleunigten Verfahren unbefristet aufgestellt werden können. Auch sollten steuerliche Anreize für Landwirte geschaffen werden, um Flächen für den Wohnbereich zur Verfügung zu stellen. Nach Ansicht Landsbergs sollten abgelegene Gebiete mit Schnellbahnen erschlossen werden, sodass Menschen auch dort preiswert und gut wohnen könnten. In ländlichen Gebieten, aber auch in wirtschaftsschwachen Städten würden mehr als zwei Millionen Wohnungen leer stehen. "Schnellbahnen können, wie die Praxis zeigt, Ballungsräume entlasten", erklärte er.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111942/kommunen-fordern-wohnungsbau-offensive.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619